

Wien, am Donnerstag, den 21. April 1927

Koksöfen für die neuen Gemeindewohnungen.Unentgeltliche Beistellung durch die Gemeinde.

Die Gemeindeverwaltung stellt in den von ihr errichteten Wohnungen vollständig unentgeltlich in jeder Küche einen Gasherd auf. In allen Wohnungen wird auch auf Kosten der Gemeinde Gas eingeleitet und die elektrische Lichtleitung bis zu den Auslasstellen gelegt. In allen städtischen Neubauten sind im Gegensatz zu den Kleinwohnungen in Privathäusern die Wasserleitung und das Klosett im Wohnungsverschluss. Die Gemeinde geht nun noch einen Schritt in der Ausstattung der kommunalen Kleinwohnungen weiter. Es werden in jenen Bauten, die nach dem 1. Mai zur Vollendung gelangen, auf Kosten der Gemeinde eigene Koksöfen aufgestellt. Für jede, auch die kleinste Wohnung ist die unentgeltliche Lieferung eines solchen Ofens, die heute schon stark verwendet werden und sich ganz ausserordentlich bewährt haben, vorgesehen. Koksöfen wurden deshalb gewählt, weil durch ihre Verwendung die Rauch- und Russplage bedeutend eingeschränkt wird. Es ist also die neue Aktion nicht nur allein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt zu begrüßen, sondern vom Standpunkt der Hygiene. Die Gemeinde wird bekaunlich weitere dreissigtausend Wohnungen erbauen, was nun auch eine Bestellung von ebensovielen Koksöfen mit sich bringt, wodurch die Metallindustrie verstärkte Beschäftigung erhalten wird. Der Bezug von Koks ist heute bereits überall möglich; auch die kleinsten Kohlenhändler führen Koks, so dass der Bezug keine Schwierigkeiten macht.

Der Kaufpreis des Hauses in der Diefenbachgasse. In der heutigen "Reichspost" werden vollständig unrichtige Angaben über den Kaufpreis, den die Gemeinde für das baufällige Gebäude in Rudolfshiem, Diefenbachgasse 49, entrichtet hat, veröffentlicht. Es wird einmal von einem zweitausendfünfhundertfachen und dann auch von einem fünf- bis sechstausendfachen Friedenspreis gesprochen, den die Gemeinde für dieses Gebäude gezahlt hat. Beide Angaben sind unrichtig. Dieses Haus wurde von der Gemeinde im Juni 1926 um 25.000 Schilling erworben. Laut amtlicher Schätzung ist lediglich die Grundfläche von 2329 Quadratmeter bewertet worden. Die Baulichkeiten blieben mit Rücksicht auf ihren schlechten Zustand vollkommen unberechnet. Es wurde nämlich dieses Gebäude auf Abbruch gekauft, was auch in dem Referat, das an alle Instanzen der Gemeinde erstattet wurde, ausdrücklich hervorgehoben wird. Es heisst darin, dass die Liegenschaft für die Gemeinde nur als Umbauejekt in Betracht komme, wobei der Wert der zu gewinnenden Baumaterialien fast gänzlich von den Demolierungskosten aufgezehrt werden würde. Der Preis, den die Gemeinde gezahlt hat, beträgt nach der amtlichen Schätzung das 2066fache des Vorkriegswertes. Der für Hauskäufe zuständige Gemeinderatsausschuss hat am 16. Juni 1926 den Ankauf einstimmig genehmigt. Auch der Finanzausschuss hat den Ankauf am 21. Juni und der Stadtsenat einen Tag später einhellig gutgeheissen. Das Geschäftsstück stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates vom 25. Juni und der Bürgermeister musste es als genehmigt erklären, weil überhaupt keine Wortmeldung vorlag.

Die Darlehen, die die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Kreditverein dem Eigentümer gegeben haben, machen insgesamt 13.900 Schilling aus. Da ein Kaufpreis von 25.000 Schilling erzielt wurde, ist damit wohl unwiderleglich bewiesen, dass die Zentralsparkasse auch bei der Belehnung dieses Objektes mit der gewohnten äussersten Vorsicht vorgegangen ist. Die Gemeinde zahlt auch bei gewissen Demolierungsobjekten bis in die letzte Zeit, je nach der Eigenart des Falles, Beträge, die über die Höhe des für das Haus Diefenbachgasse entrichteten Kaufschillings hinausgehen; was jederzeit aus den Gemeinderatsakten nachgewiesen werden kann.